

Grüne wollen die Riester-Rente abwickeln

Die Partei hat ein neues Rentenkonzept. Es enthält eine Garantierente, höhere Leistungen für Frauen und eine gestützte Privatvorsorge.

dc./rike. BERLIN, 3. Juni. Die Grünen halten die Riester-Rente für gescheitert. Das geht aus dem Abschlussbericht hervor, den die Rentenkommission der Partei am Freitag in Berlin vorgestellt hat. Damit finden sich die Grünen in einer ungewöhnlichen Koalition wieder: Ausgerechnet CSU-Chef Horst Seehofer hatte im April das gleiche Urteil gefällt und damit eine hitzige Rentendebatte ausgelöst. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hatte daraufhin eine schnelle Anhebung des gesetzlichen Rentenniveaus verlangt.

In dem Bericht der Grünen heißt es, mit der "Teilprivatisierung" der Rente habe die frühere (rot-grüne) Bundesregierung "ein lebensstandardsicherndes Gesamtversorgungsniveau" erreichen und die Beitragssätze zur gesetzlichen Rente stabilisieren wollen. Nach eineinhalb Jahrzehnten zeige sich jedoch, dass die reale Entwicklung den Erwartungen nicht gerecht geworden sei. Die Riester-Rente werde zu selten in Anspruch genommen, die Renditen seien zu gering, die Kosten zu hoch, konstatiert die Kommission - das sinkende Rentenniveau jedenfalls könne sie nicht ausgleichen. "Die geförderte private Altersvorsorge ist in ihrer bisherigen Ausgestaltung somit gescheitert."

Aus der "Grünen Mitverantwortung" macht die Kommission keinen Hehl. Für die Zukunft will sie aber, dass die gesetzliche Rente "mit Abstand" die

Altersvorsorge Nummer eins bleibt, gerne ergänzt um Betriebsrenten. Da der Verbreitungsgrad der Betriebsrente zu gering sei, sehen die Grünen darin aber kein Mittel, um das sinkende Niveau der gesetzlichen Rente auszugleichen. Ähnlich wie Gabriel denken daher auch sie über eine Änderung der Rentenformel nach: Meist laufen Forderungen nach einem höheren Rentenniveau auf eine Abschaffung des Nachhaltigkeitsfaktors hinaus, der die steigende Alterslast zwischen den Generationen verteilt. In dem Papier ist aber nur allgemein von "Maßnahmen" die Rede, die gewährleisten sollen, dass die Rente von Durchschnittsverdienern mit 45 Beitragsjahren stets um die Hälfte über der steuerfinanzierten Grundsicherung liegt. Das entspreche rechnerisch einem Rentenniveau von 46 Prozent. Derzeit sind es 47,7 Prozent.

Die Riester-Rente wiederum soll nach dem Willen der Grünen in ein "einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt" verwandelt und öffentlich verwaltet werden. Uneinig sind sich die Kommissionsmitglieder in Sachen staatlicher Förderung. Einige wollen die Förderung beenden, andere wollen weiter Zulagen zahlen, aber nur noch an Geringverdiener.

Daneben strebt die Partei eine Garantierente oberhalb der Grundsicherung an; für alle, "die den größten Teil ihres Lebens gearbeitet, Kinder erzogen,

andere Menschen gepflegt oder sonstige Anwartschaften in der Rentenversicherung erworben haben". Mittelfristig solle die gesetzliche Rente auch für Beamte, Abgeordnete und Selbständige gelten. Das würde die Rentenkasse nach ihrer Meinung entlasten. Zudem soll sich der Bund stärker an versicherungsfremden Leistungen beteiligen, etwa der Mütterrente. Als "Ultima Ratio" ziehen die Grünen eine "moderate Beitragssatzerhöhung" in Betracht.

Für Frauen, die wegen der Kindererziehung häufig Lücken im Erwerbsleben haben und deshalb oft deutlich weniger Rente bekommen als Männer, schwebt den Grünen eine "eigenständige Alterssicherung" durch ein "obligatorisches Splitting" vor. Die Idee: Paare sollen ihre Rentenanwartschaften künftig teilen, unabhängig davon, wie sie "Erwerbs- und Fürsorgearbeit" aufgeteilt haben. An der Rente mit 67 halten die Grünen fest. Eine "starre Altersgrenze" aber lehnen sie ab: Mit Abschlägen soll man schon mit 60 in Altersteilzeit gehen können; für Rentner wiederum soll es sich mehr lohnen, doch noch mal ins Arbeitsleben zu starten.

Die Rentenpläne der großen Koalition sind derzeit unklar. Um die von Seehofer und Gabriel angezettelte Debatte wieder einzufangen und zu ordnen, haben sich Union und SPD vorgenommen, bis Herbst an einem "Gesamtkonzept" zu arbeiten.

Kein Systemwechsel

Grüne stellen Vorschläge zur Rentenreform vor

Lt. BERLIN, 3. Juni. Die Grünen haben am Freitag Vorschläge für die Reform der Rentenversicherung vorgestellt - und damit einen ersten Baustein für den Bundestagswahlkampf präsentiert. Das grüne Konzept ist weniger radikal, aber auch weniger exakt kalkuliert als die sozialpolitischen Programmpapiere vor der vergangenen Bundestagswahl. Hier wirken die Erfahrungen aus dem mangelnden Wahlerfolg des Jahres 2013 nach. Der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir und der rentenpolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Markus Kurth, präsentierten das neue Rentenpapier am Freitag. Sie legten Wert darauf, dass die parteiinterne Kommission, welche die Vorschläge ausarbeitete, "strömungsübergreifend" besetzt gewesen sei - also beide Parteiflügel, Linke wie Realeos, repräsentiert habe.

Die Grünen wollen ihre Vorschläge bewusst nicht als radikale Reformideen verstanden wissen, vielmehr wiesen Özdemir und Kurth immer wieder darauf hin, dass diese und jene Details auch in den rentenpolitischen Programmen der gegenwärtigen Regierungsparteien enthalten seien. Die Grünen fordern unter anderem eine "Garantierente" für jene Rentenanwärter, deren Beiträge nicht ausreichen, um eine Rente oberhalb des Sozialhilfeniveaus zu empfangen. Kurth sagte, die Vorschläge zur Garantierente orientierten sich am Kon-

zept der "Lebensleistungsrente", das die Koalitionsparteien verfolgten. Die Grünen wollten jedoch den Kreis der Berechtigten erweitern und die Höhe der Rente steigern. Die Garantierente soll nach ihren Vorstellungen rund 30 Beitragspunkten entsprechen - dies ist nach Angaben Kurths gegenwärtig ein Monatsbetrag von rund 900 Euro. Zum Bezug berechtigt sollen jene Rentenanwärter sein, die mindestens 30 Jahre lang Beiträge geleistet oder Erziehungs- und Pflegezeiten erbracht haben.

Überdies schlugen die Grünen ein "Rentensplitting" für Paare vor, so dass Frauen höhere eigene Rentenansprüche geltend machen können. Ferner fordern sie flexiblere Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente.

Zur Finanzierung ihrer Vorschläge sollen höhere Steuerzuschüsse dienen. Kurth argumentierte, die von der großen Koalition beschlossene "Mütterrente", also die höhere Anrechnung von Kindererziehungszeiten, die gegenwärtig aus dem Beitragsaufkommen der Rentenzahler finanziert wird, müsse stattdessen durch einen Zuschuss des Steuerzahlers beglichen werden; dadurch ergäben sich neue finanzielle Spielräume. Außerdem wollen die Grünen Bevölkerungsgruppen in die Rentenversicherung einbeziehen, die gegenwärtig nicht von ihr erfasst werden. Anders als noch vor vier

Jahren, als die Grünen unter der Überschrift "Bürgerversicherung" sowohl alle Selbständigen und Angehörigen freier Berufe als auch die Beamten zu Renten- und Krankenversicherten machen wollten, plädieren sie jetzt in ihrem Rentenkonzept für eine schrittweise Änderung. Nun sollen in einem ersten Schritt nur jene Selbständige rentenversicherungspflichtig werden, die nicht schon eine eigene Altersvorsorge abgeschlossen haben. Wieder setzten Kurth und Özdemir an dieser Stelle den Hinweis, dies sei ein Vorschlag, den auch die CDU vor vier Jahren schon verfolgt habe, der also durchaus mit den Vorstellungen der gegenwärtigen Bundesregierung kompatibel sei.

Özdemir, der seine Bewerbung für die Spitzenkandidatur der Grünen angemeldet hat, beteuerte, die Grünen wollten in der Rentenpolitik "keinen radikalen Systemwechsel". Sie hätten sich zwar keinesfalls vom "Projekt Bürgerversicherung" verabschiedet, doch wollten sie sich zunächst "auf das Machbare" konzentrieren. Die Grünen hätten gründlich kalkuliert, "damit wir 2017, wenn wir in die Verlegenheit kommen, uns an einer Regierung zu beteiligen, nicht unser eigenes Konzept in die Tonne treten müssen, sondern es aus der Tasche holen und auf den Verhandlungstisch legen können".

Grüne Rentenvorlage

Von Henrike Roßbach

Nachdem CSU-Chef Seehofer die Ruster-Rente für tot erklärt und SPD-Chef Gabriel das Rentenniveau für zu niedrig befunden hat, sind die Grünen in einer komfortablen Lage: Sie können ein Rentenkonzept vorweisen, während die Regierungskoalition nach den jüngsten Aufwallungen in Sachen Altersarmut reichlich unsortiert ist. Zwar plant SPD-Sozialministerin Nahles für den Herbst ein neues Gesamtkonzept, um die verdächtig vielen offenen Enden zusammenzubringen - nachdem sie doch schon vor zwei Jahren ein großes, teures Rentenpaket geschnürt hat. Daneben arbeitet inzwischen auch die Kanzlerin höchstselbst an dem Thema. Einstweilen aber können die Grünen in Ruhe zusehen, wie die Koalition um Antworten ringt. Ein Fleißkärtchen für die frühe Lieferung ist aber noch lange kein Ritterschlag für den Inhalt des grünen Pakets. Denn auch wenn das Rentenkonzept realitätsnäher daherkommt als manche alte Radikalidee: Die Garantierente trägt kein Preisschild, zur Not scheuen die Grünen vor Beitragserhöhungen nicht zurück, und die "eigenständige Alterssicherung für Frauen" ist ein reichlich großes Wort für das, was dahinter steckt. Letzteres Manko allerdings dürfte wenigstens nichts kosten.

900 Euro Garantierente

Langjährig Versicherte sollen mehr bekommen als die Grundsicherung, fordern die Grünen. Sie warnen aber vor einem „Überbietungswettbewerb“

Berlin – Darf's ein bisschen mehr sein? Die Frage, die nicht selten an der Wursttheke gestellt wird, drängt sich derzeit auch bei der Renten-Debatte auf.

CSU-Chef Horst Seehofer will das Rentenniveau – also das Verhältnis der Löhne zu den Renten – nicht weiter sinken lassen, weil das "etwa die Hälfte der Bevölkerung" im Alter zum Sozialamt treibe. Der DGB und der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel fordern, das Rentenniveau von knapp 48 Prozent zumindest zu stabilisieren. Die Linke fordert gar eine Anhebung auf 53 Prozent, statt die Auszahlungen bis 2030 wie vorgesehen auf ein Niveau von bis zu 43 Prozent fallen zu lassen.

Die Grünen wollen sich an diesem "Überbietungswettbewerb" nicht beteiligen. Das sagte der rentenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Markus Kurth, bei der Vorstellung des Abschlussberichts der grünen Rentenkommission. Zugleich warnte Grünen-Chef Cem Özdemir davor, im Wahlkampf "Dinge zu versprechen, die man nicht halten kann".

Trotzdem muss sich bei der Altersversorgung einiges ändern, damit Altersarmut in Deutschland nicht zum Massenphänomen wird. Das ist für die grünen Rentenfachleute klar. Die Parteikommision setzt dabei auf einen Grundgedan-

ken: Wer den größten Teil seines Lebens gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, sollte auf eine Rente oberhalb der Grundsicherung im Alter, also der Sozialhilfe für Rentner, kommen. "Sonst fragen sich die Leute, warum sie überhaupt einzahlen sollen", sagte Kurth.

Die Grünen verlangen deshalb für diese langjährig Versicherten eine steuerfinanzierte Garantierente. Diese soll sich auf 30 Entgeltpunkte belaufen (ein Punkt entspricht im Westen vom 1. Juli an einem Rentenwert von 30,45 Euro). Die Rede ist somit von etwa 900 Euro Garantierente.

Auch Union und SPD peilen bei der geplanten "solidarischen Lebensleistungsrente" an, kleine Renten von langjährig Versicherten aufzustocken. Vorgesehen sind aber höhere Zugangshürden als bei den Grünen. Diese seien so hoch, dass Arbeitsministerin Andrea Nahles "jeden einzelnen Lebensleistungsrentner mit Handschlag begrüßen kann", witzelte Kurth.

Die Grünen wollen zugleich die gesetzliche Rentenversicherung als zentrale Säule der Altersvorsorge stärken. Wer 45 Jahre wie ein Durchschnittsverdiener Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt habe, solle auch nach 2025 auf eine Rente von mindestens 50 Prozent

über der Grundsicherung kommen. Dies entspricht einem Rentenniveau von 46 Prozent. Hier ergeben sich Parallelen zur Union, dem möglichen Koalitionspartner der Grünen nach den Bundestagswahlen: Der CDU-Sozialexperte Karl Schiewerling sprach sich kürzlich dafür aus, das Rentenniveau nicht unter 45 Prozent sinken zu lassen.

"Machbar" sollen die Vorschläge der Grünen sein, sagte Özdemir. Deshalb plädiert die grüne Kommission auch dafür, zunächst nur Selbständige ohne anderweitige Altersvorsorge in die Rentenversicherung einzubeziehen. Die Beamten sollen langfristig erst später dazu kommen. Die Grünen wollen den Selbständigen dabei entgegenkommen. Kurth kann sich für diese Gruppe sowohl Beitragsstundungen in schlechten wie Beitragsvorauszahlungen in guten Zeiten vorstellen. In der Union gibt es ähnliche Ideen. Und selbst bei den Arbeitgeberverbänden heißt es: "Alle Selbständigen, die bislang nicht Mitglied eines obligatorischen Alterssicherungssystems sind, sollten zur Altersvorsorge verpflichtet werden."

THOMAS ÖCHSNER

Selbständige ohne andere Vorsorge sollen verpflichtend in die Rentenkasse einzahlen

Wie die Grünen bei der Rente die Jungen im Stich lassen

Die Ökopartei buhlt mit großzügigen Leistungen für Geringverdiener und einem höheren Sicherungsniveau für alle um die Gunst der Alten

Dorothea Siems

Gut ein Jahr vor der Bundestagswahl ist der politische Wettbewerb um das attraktivste Rentenpaket eröffnet. Nachdem CSU-Chef Horst Seehofer und sein SPD-Kollege Sigmar Gabriel bereits die private Riesterreute für gescheitert erklärt haben und eine Stabilisierung des Rentenniveaus in Aussicht stellten, prescht nun die Opposition vor. Denn Grünen-Chef Cem Özdemir ist keineswegs bereit, SPD und Union in der Rentenpolitik das Feld kampfflos zu überlassen.

Deshalb hat der Parteichef jetzt noch vor der politischen Konkurrenz ein Gesamtkonzept zur Reform des Alterssicherungssystems präsentiert. "Wir wollen keinen radikalen Systemwechsel, sondern die Schwächen des bestehenden Systems angehen", sagt Özdemir. Dabei sind die Grünen durchaus spendabel. Im Kampf gegen Altersarmut setzen sie auf eine neue Garantierente. Geringverdiener, die 30 Versicherungsjahre vorweisen können, sollen eine Mindestrente von rund 900 Euro erhalten, wobei Betriebsrenten und private Vorsorge nicht angerechnet werden sollen. Damit ist die Ökopartei deutlich großzügiger als die Koalition, die ihre neue Lebensleistungsrente von 850 Euro erst nach 40 Jahren zahlen will. Auch beim Rentenniveau sieht die Ökopartei Korrekturbedarf. Während das bestehende Gesetz eine schrittweise Absenkung des Sicherungsniveaus bis 2030 bis auf 43 Prozent des Lohns zulässt, streben die Grünen eine Stabilisierung bei rund 46 Prozent an. "Wenn das Rentenniveau zu stark absinkt, verliert das System seine Legitimität", warnt der Grüne Sozialexperte

Markus Kurth.

Eine Anhebung des Renteneintrittsalters, wie sie jüngst Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) angeregt hatte, lehnen die Grünen strikt ab. "Die Rente mit 70 verschreckt die Menschen", sagt Özdemir. Seine Partei setze dagegen auf Flexibilität. Schon ab 60 sollen Arbeitnehmer künftig die Möglichkeit haben, eine Teilrente zu beziehen, wenn sie Abschlüsse in Kauf nehmen. Umgekehrt soll sich längeres Arbeiten mehr als bisher lohnen. Garantierente, höheres Renteniveau und frühzeitige Teilrenten - billig sind die grünen Rentenpläne nicht. Zusätzliche Einnahmen erhofft sich die Ökopartei von neuen Mitgliedern: So sollen Selbstständige, die keine berufsständische Alterssicherung haben, künftig in die Rentenversicherung einbezogen werden. Außerdem sollen viel mehr Frauen in Zukunft Vollzeit arbeiten, was die Partei durch bessere Kinderbetreuungsangebote und Änderungen im Steuerrecht erreicht will. Die Grünen fordern zudem höhere Steuerzuschüsse für die Rente. Und "als Ultima Ratio ist auch ein Beitragsanstieg nicht tabu", räumt Rentenexperte Kurth ein.

Mit ihrem Rentenkonzept buhlen nun auch die Grünen unverhohlen um die Gunst der Älteren. Bei der letzten Wahl hatte die Union mit der von ihr angekündigten Mütterrente für Frauen, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, einen Coup gelandet. Kein anderes Thema sorgte in den Bierzelten für ähnliche Begeisterung. Hohe Zustimmungswerte erzielten auch die Sozialdemokraten mit ihrer abschlagsfreien Rente mit 63. Beide Parteien holten denn auch bei den

älteren Wählern überdurchschnittlich viele Stimmen. Dank der Alterung der Gesellschaft stellen die über 50-Jährigen mittlerweile die Mehrheit der Wähler. Überdies ist die Wahlbeteiligung der Älteren deutlich höher.

Dass die Grünen beim Rententhema nun ebenso wie die Volksparteien Leistungsausweitungen den Vorzug geben vor einer Beitragsstabilisierung, ist dennoch erstaunlich. Weil auch die Linkspartei mit großzügigen Leistungen lockt, gibt es im Bundestag nun gar keine Partei, die sich bei der Reform der Alterssicherung noch auf die Seite der Jungen schlägt.

Somit dürfte die Rückabwicklung der Rentenreformen der vergangenen 15 Jahre weiter gehen. Die einst von Rot-Grün unter Gerhard Schröder beschlossene Absenkung des Rentenniveaus und die von SPD und Union 2006 beschlossene Anhebung des Eintrittsalters auf 67 Jahre hatten erklärtermaßen das Ziel, die Kosten der längeren Lebenserwartung gerecht zwischen Aktiven und Ruheständlern zu verteilen. Doch seit 2013 hat die große Koalition diesen Rentenkonsens der vergangenen 15 Jahre verlassen. Denn schon die Einführung von Mütterrente und abschlagsfreier Rente mit 63 gehen zu Lasten der jungen Generation. Die Stabilisierung des Rentenniveaus wäre ein weiterer Schritt in diese Richtung. Dass nun auch die Grünen bei der Rente draufsatteln, mag der Tatsache geschuldet sein, dass auch ihre Klientel altert.

Als Ultima Ratio ist auch ein Beitragsanstieg nicht tabu Markus Kurth, Sozialexperte der Grünen